

10/2009

2015
aktuell

30. Oktober 2009

1. **Entwicklungspolitik im Koalitionsvertrag**
2. **Weltweiter Aktionstag zur Bekämpfung von Armut**
3. **Rolle der Internationalen Finanzinstitutionen gestärkt**
4. **Europäische Entwicklungstage – EU-Hilfe muss wirksamer werden**
5. **Welternährungstag**
6. **UNDP-Bericht: Migration kann Entwicklung fördern**
7. **Menschenwürdige Arbeit für alle gefordert**
8. **Zwischenbilanz zur strategischen Armutsbekämpfung**
9. **Weltbank: Entwicklung und Klimaschutz gehören zusammen**
10. **UNCTAD-Bericht: Investitionen brechen ein**
11. **Mädchen- und Kinderrechte stärken**

***Kurz notiert
Termine***

1. Entwicklungspolitik im Koalitionsvertrag

Am 23. Oktober wurden in Berlin die Koalitionsverhandlungen zwischen Union und FDP zur Bildung der neuen Bundesregierung abgeschlossen. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) bleibt als eigenständiges Ministerium erhalten, der bisherige FDP-Generalsekretär Dirk Niebel wird neuer Entwicklungsminister. Noch bevor er sein Amt antrat, gab der Koalitionsvertrag von CDU, CSU und FDP bereits Hinweise auf die künftige Ausrichtung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit: Eine nachhaltige Bekämpfung der Armut im Sinne der Millenniumserklärung ist das Ziel der deutschen Entwicklungspolitik, die Millenniumsentwicklungsziele (MDG), die quantitative Vorgaben für die Erreichung der globalen Ziele festlegen, finden im Koalitionsvertrag allerdings keine Erwähnung. Die Entwicklungszusammenarbeit soll sich künftig auf die Schlüsselsektoren gute Regierungsführung, Bildung und Ausbildung, Gesundheit,

ländliche Entwicklung, Klima-, Umwelt- und Ressourcenschutz sowie die wirtschaftliche Zusammenarbeit konzentrieren. Die Stärkung von guter Regierungsführung, Eigenverantwortung und der Selbsthilfekräfte in den Entwicklungsländern werden als zentrale Bestimmungselemente der Entwicklungspolitik bezeichnet. Kirchen, Stiftungen und Nichtregierungsorganisationen (NRO) sollen gestärkt; mit der deutschen Privatwirtschaft soll enger kooperiert werden. Innerhalb des ersten Jahres dieser Legislaturperiode soll eine Reform der Durchführungsstrukturen durch eine Zusammenführung der Organisationen der Technischen Zusammenarbeit (TZ) auf den Weg gebracht werden. An dem Ziel, 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) als offizielle Entwicklungsleistungen (ODA) zur Verfügung zu stellen, wird festgehalten, allerdings ohne zeitliche Festlegung auf das Jahr 2015. Man will sich diesem Ziel „verantwortlich im Rahmen des Bundeshaushaltes annähern.“ Außenwirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit – so der Koalitionsvertrag – müssen besser aufeinander aufbauen und optimal ineinander greifen. Bei entwicklungspolitischen Entscheidungen sollen die Interessen der deutschen Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes, angemessen berücksichtigt werden.

www.cdu.de/doc/pdfc/091026-koalitionsvertrag-cducsu-fdp.pdf

Bei NRO sind die entwicklungspolitischen Aussagen des Koalitionsvertrags mit Zurückhaltung aufgenommen worden. Zwar begrüßte die Vorsitzende des **Verbandes Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO)**, Claudia Warning, den Erhalt des BMZ als eigenständiges Ministerium. Es sei aber fraglich, ob die Eigenständigkeit in der nun beschlossenen Konstellation gestärkt werde. Kritisch zu bewerten sei, dass laut Koalitionsvertrag entwicklungspolitische Entscheidungen die Interessen der deutschen Wirtschaft berücksichtigen sollen. Die Aufgabe des BMZ, so Warning, ist die weltweite Armutsbekämpfung und nicht die Außenwirtschaftsförderung. „Der Vertrag ist uns generell zu wenig ehrgeizig, es fehlen alle Zeitangaben für die Erreichung der Zusagen der Entwicklungsfinanzierung. Nach den Fortschritten der letzten Jahre ist das ein Rückschritt“, kritisierte Warning.

www.venro.org/fileadmin/Presse-Downloads/2009/Oktober_2009/PM-32-2009.pdf

Für **terre des hommes** begrüßte deren Geschäftsführerin Danuta Sacher den Erhalt des BMZ und forderte eine kohärente Politik der Armutsbekämpfung. Anders als es die FDP bisher vertritt, so Frau Sacher, dürfen wir in der Entwicklungspolitik nicht auf das freie Spiel der Marktkräfte setzen, denn der Markt schützt nicht die Interessen der Ärmsten.

www.tdh.de/content/presse/pressemeldungen/detail.htm?&view=detail&id=279&year

Unmittelbar nach der Vorstellung des Koalitionsvertrags durch die Parteivorsitzenden der Koalitionspartner haben verschiedene NRO die Bundeskanzlerin aufgefordert, eine Vorreiterrolle im internationalen Klimaschutz einzunehmen. Christoph Bals von Germanwatch und der Kampagne „**Klimakanzlerin gesucht**“ erklärte, dass es ohne gerechte Finanztransfers für Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel in den Entwicklungsländern kein ambitioniertes Abkommen beim entscheidenden Klimagipfel in Kopenhagen gäbe. Gerade hier bremse Deutschland. Rund 350 Demonstranten forderten Angela Merkel deshalb bei einer Aktion vor dem Brandenburger Tor auf, beim EU-Gipfel Ende Oktober die Rolle als Klimavorreiterin einzunehmen.

<http://presse.klimakanzler-gesucht.de/?view=:de&aID=45248>

2. Weltweiter Aktionstag zur Bekämpfung von Armut

Exakt 173.045.325 Menschen sind rund um den 17. Oktober, dem Welttag gegen die Armut bei über 3.000 Veranstaltungen in 120 Ländern gemeinsam aufgestanden und haben von den Regierungen mehr Engagement gegen extreme Armut und für die Umsetzung der MDG gefordert. Zum vierten Mal hintereinander wurde mit der Aktion **Stand Up & Take Action** ein Rekord aufgestellt, der ins Guinness Buch der Rekorde eingetragen wird. Dieses Jahr engagierten sich 57 Millionen mehr Menschen als im vergangenen Jahr. Zu der Aktion hatten der Global Call to Action against Poverty (GCAP), dessen deutsche Plattform "Deine Stimme gegen Armut" ist, und die UN-Millenniumkampagne aufgerufen. Die größte Zahl von Menschen ist in Asien aktiv geworden. Dort sind mehr als 100 Millionen aufgestanden. In Afrika mehr als 37 Millionen und damit etwas mehr als im arabischen Raum. In Europa waren über zwei Millionen Menschen auf der Straße.

<http://standagainstopoverty.org>

Organisationen und Einzelpersonen aus Kirchen, Gewerkschaften, Verbänden, Banken und der Wissenschaft, darunter auch VENRO, haben sich anlässlich des Welttags zur Bekämpfung von Armut in einem offenen Brief an die Koalitionspartner der neuen Bundesregierung für eine **Steuer gegen Armut** ausgesprochen. Mit der Einführung einer Finanztransaktionssteuer soll auch der Finanzsektor einen dauerhaften und nachhaltigen Beitrag zur Folgenbekämpfung der von ihm verursachten Krisen beitragen. Die Steuer würde nach Auffassung der Unterzeichner einen doppelten Nutzen bringen, da mit dem Erlös die Bekämpfung von Armut und die Verwirklichung der MDG finanziert werden kann und sie gleichzeitig zur Stabilisierung des Finanzsystems beiträgt. Die Veröffentlichung des Briefs ist Auftakt einer Kampagne für diese Steuer, mit der die Erstunterzeichnenden ab sofort um Unterstützung dieser Initiative bei Politik, Gesellschaft, Medien und Öffentlichkeit werben wollen.

www.steuer-gegen-armut.org

3. Rolle der Internationalen Finanzinstitutionen gestärkt

Die 22. Jahrestagung von Internationalem Währungsfonds (IWF) und Weltbank, die vom 3. bis 7. Oktober in Istanbul stattfand, stand ganz im Zeichen des erheblichen Bedeutungszuwachses, den die beiden internationalen Finanzinstitutionen durch die globale Finanz- und Wirtschaftskrise erfahren haben. So konnte die Weltbank ihre Zusagen im laufenden Jahr auf 33 Milliarden US-Dollar verdreifachen; die Internationale Entwicklungsorganisation der Weltbank (IDA), von der vor allem die ärmsten Entwicklungsländer profitieren, erreichte mit 14 Milliarden Dollar ihren bisherigen Höchststand. Vor dem Hintergrund seiner Aufwertung in der Krise beabsichtigt der IWF bis zur nächsten Jahrestagung sein Mandat zu überarbeiten und zu erweitern. Über seine ursprünglichen Aufgaben hinaus, soll es sich künftig auf das ganze Spektrum makroökonomischer und finanzieller Sektorpolitiken erstrecken, die für die globale Stabilität von Belang sind. Die jüngst eingerichtete Flexible Kreditlinie (FCL), die es den teilnehmenden Ländern (derzeit Polen, Mexiko und Kolumbien) ermöglicht, im Krisenfall vereinfacht Kredite zu ziehen, soll zu einem Pool von Währungsreserven ausgebaut werden, aus dem die Mitglieder im Falle von Krisen zurückgreifen können. Weltbank-Präsident Robert Zoellick warnte in Istanbul vor den humanitären Folgen der Krise vor allem für die ärmsten Länder. So wird

befürchtet, dass in diesem Jahr weltweit bis zu 59 Millionen Menschen ihre Arbeit verlieren und bis zum Ende des nächsten Jahres 90 Millionen Menschen zusätzlich in die absolute Armut abgleiten. Nach wie vor umstritten ist eine Neuverteilung der Stimmrechte im IWF zur Erhöhung des Gewichts der derzeit unterrepräsentierten Schwellen- und Entwicklungsländer, die bis Januar 2011 erfolgt sein soll. Der IWF hat die Empfehlung des G20-Gipfels übernommen, dass mindestens fünf Prozent der Quoten von den Industrieländern auf Schwellen- und Entwicklungsländer transferiert werden sollen. Diese hatten einen Anteil von mindestens sieben Prozent gefordert.

www.imf.org/external/am/2009/

<http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/NEWS/0,,contentMDK:22340534~pagePK:34370~piPK:34424~theSitePK:4607,00.html>

Das **BMZ** vereinbarte im Rahmen der Tagung eine engere Zusammenarbeit mit dem IWF, um die Steuereinnahmen von Entwicklungsländern zu verbessern. Deutschland stellt dem IWF neun Millionen Euro zur Stärkung der Steuersysteme in den Entwicklungsländern zur Verfügung, um deren Einnahmen für Entwicklung und Armutsbekämpfung zu erhöhen. Erich Stather, Staatssekretär im BMZ, begrüßte es, dass sich der IWF in Zukunft stärker der Steuersystementwicklung in Entwicklungsländern annimmt. Sozial ausgewogene, transparente und effektive Steuersysteme seien die grundlegende Voraussetzung für Armutsbekämpfung, nachhaltige Entwicklung sowie soziale und wirtschaftliche Stabilität.

www.bmz.de/de/presse/pm/2009/oktober/pm_20091005_90.html

Anlässlich der IWF/Weltbank-Tagung hat das Entschuldungsbündnis **erlassjahr.de** davor gewarnt, dass die angesichts der Krise notwendigen Finanzhilfen an Entwicklungsländer zu steigenden Schuldenständen führen, da sie zu einem erheblichen Teil in Form von Krediten vergeben werden. Nach Angaben von IWF und Weltbank weisen 14 Entwicklungsländer ein hohes Risiko von (erneuter) Überschuldung auf; weitere 22 seien spürbar gefährdet. Erlassjahr.de hält deshalb die Einführung eines Insolvenzverfahrens für hoch verschuldete Staaten für notwendig. So könnten Schulden schnell und unparteiisch auf ein erträgliches Maß reduziert werden. Dies würde der notleidenden Bevölkerung in den ärmsten Ländern direkt zu Gute kommen.

www.erlassjahr.de/presse/pressemitteilungen/iwf-und-weltbank-ignorieren-gefahr-einer-neuen-schuldenkrise.html

4. Europäische Entwicklungstage – EU-Hilfe muss wirksamer werden

Vom 22. bis 24. Oktober fanden in Stockholm die vierten Europäischen Entwicklungstage statt. Auf Einladung der Europäischen Union (EU) diskutierten Politikerinnen und Politiker aus den EU-Mitgliedsstaaten mit Repräsentanten aus Entwicklungsländern, von NRO, der Weltbank und den Vereinten Nationen (UN) über die künftige Ausgestaltung der europäischen Entwicklungspolitik. Trotz der Wirtschaftskrise will die Europäische Union an ihrem Ziel festhalten, ihre Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit bis zum Jahr 2010 auf 0,56 Prozent und bis 2015 auf 0,7 Prozent des BIP zu erhöhen. Als größter Mittelgeber der Welt hat die EU im Jahr 2008 rund 49 Milliarden Euro für Entwicklungszusammenarbeit ausgegeben, das entspricht 0,4 Prozent des BIP. www.eudevdays.eu/

Der europäische NRO-Dachverband **CONCORD** kritisierte, dass viele EU-Staaten ihre ODA-Quoten schön rechnen, indem sie Schuldenerlasse, Studentenaustausch,

Unterhalt für Asylbewerber oder Exporthilfe für die eigene Wirtschaft unter Entwicklungshilfe verbuchen.

www.concordeurope.de

Im Rahmen der Europäischen Entwicklungstage wurde eine im Auftrag der EU-Kommission erstellte Studie zur Wirksamkeit der EU-Hilfe unter dem Titel „**Aid Effectiveness: Benefits of a European Approach**“ veröffentlicht. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass die EU-Entwicklungspolitik unter anderem durch die Unbeständigkeit der Mittelflüsse, eine wachsende Zahl der Geber und Durchführungsorganisationen sowie eine Aufsplitterung der Entwicklungshilfe in kleine Einzelprojekte ein hohes Maß an Ineffizienz aufweist. Durch eine kohärente und effiziente Ausgestaltung der EU-Entwicklungshilfe könnten jährlich drei bis sechs Milliarden Euro eingespart und für weitere Hilfsprogramme freigesetzt werden. Die Studie empfiehlt eine konsequente und vollständige Umsetzung der internationalen Selbstverpflichtungen für eine bessere Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit, wie sie in 2005 in Paris und 2008 in Accra vereinbart wurden. Auch die Umsetzung der vereinbarten EU-Instrumente, wie der EU-Verhaltenskodex für Komplementarität und Arbeitsteilung könnten die Effektivität der Hilfe erhöhen. Die Europäischen Entwicklungstage wurden mit einer Plenarsitzung zum Thema „Klimawandel und Entwicklung“ abgeschlossen, bei der unter anderem Vertreter der kleineren Inselstaaten zu verstärkten Anstrengungen im Kampf gegen Ursachen und Folgen des Klimawandels aufriefen.

ec.europa.eu/development/icenter/repository/AE_Full_Final_Report_20091023.pdf

Eine kurz vor den Europäischen Entwicklungstagen veröffentlichte Meinungsumfrage des **Eurobarometers** kam zu dem Ergebnis, dass trotz der Wirtschaftskrise die öffentliche Unterstützung für Entwicklungshilfe weiterhin sehr groß ist. So bezeichneten rund 90 Prozent der befragten Europäerinnen und Europäer Entwicklungshilfe als wichtig; 72 Prozent befürworteten die Erfüllung der bereits eingegangenen Verpflichtungen, davon waren 24 Prozent sogar dafür, die Zusagen gegenüber den Entwicklungsländern auszuweiten. 42 Prozent der Befragten sprachen sich für eine verstärkte Berichterstattung über entwicklungspolitische Themen in den Medien aus. „Diese Umfrage zeigt ganz eindeutig, dass die Bürger erwarten, dass ihre Regierungen und die EU-Kommission nicht aufgeben, nach Mitteln zur Finanzierung der Entwicklungshilfe zu suchen“, so der Kommentar des EU-Entwicklungskommissars Karel De Gucht.

ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb71/eb71_std_part1.pdf

5. Welternährungstag

Anlässlich des Welternährungstages am 16. Oktober haben **FIAN** und **Brot für die Welt** der internationalen Gemeinschaft Versagen bei der Hungerbekämpfung vorgeworfen. Während zwischenstaatliche Organisationen Nahrungsmittel, Hybridsaatgut und Kunstdünger zur Linderung der Ernährungskrise verteilen, verschärften die Industrieländer ihre ungerechte Handelspolitik und täten nichts gegen den skandalösen Ausverkauf von Land in Afrika. Beide Organisationen fordern daher eine grundlegende Reform der internationalen Ernährungsarchitektur unter dem UN-Dach. Arbeitsauftrag müsse das Menschenrecht auf Nahrung sein. Vor dem Hintergrund, dass die Anzahl der Hungernden trotz einer Rekordernte im vergangenen Jahr auf über eine Milliarde Menschen gestiegen ist, sei es unbegreiflich, dass die Weltbank und die Welternährungsorganisation (FAO) in ihren

Programmen fast ausschließlich auf Produktionssteigerungen setzen. Diese Programme wirkten als Konjunkturpakete für die Saatgut- und Düngerindustrie, helfen aber nicht den Hungernden, erklärte Ute Hausmann, Geschäftsführerin von FIAN Deutschland. Auch die Privatisierungspolitik der Weltbank und die Handelspolitik der EU seien nicht im Interesse der Hungernden. Stattdessen müsse das UN-Komitee für Welternährung die Koordination, Strategiebildung und Überwachung der Welternährungspolitik übernehmen.

www.fian.de/fian/index.php?option=content&task=view&id=659&Itemid=79
www.brot-fuer-die-welt.de/presse/index_954_DEU_HTML.php?ck=428

Die Welthungerhilfe und das International Food Policy Research Institute (IFPRI) stellten im Vorfeld des Welternährungstages den **Welthungerindex 2009** vor. Daraus geht hervor, dass die Hungersituation in 29 Ländern der Erde ernst oder sogar gravierend ist. Während in Südasien im Vergleich zu 1990 erhebliche Erfolge im Kampf gegen den Hunger erzielt werden konnten, machte Afrika nur geringe Fortschritte. Die schlechtesten Werte im Welthungerindex weisen die Demokratische Republik Kongo, Burundi, Eritrea, Sierra Leone, Tschad und Äthiopien auf. Der Index setzt sich aus Indikatoren zum prozentualen Anteil der Unterernährten an der Bevölkerung, dem Anteil der Kinder unter fünf Jahren mit Untergewicht und der Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren zusammen. Ousmane Badiane, der Leiter der Afrika-Abteilung des Forschungsinstituts IFPRI erklärte, dass Länder mit niedrigem Einkommen besonders von der Nahrungsmittel- und Finanzkrise betroffen seien. Die internationale Gemeinschaft müsse daher ihre Versprechungen der zahlreichen Gipfeltreffen wahr machen und die Hungerreduzierung ins Zentrum der Krisenbekämpfung stellen. Die Präsidentin der Welthungerhilfe, Bärbel Dieckmann, appellierte an Bundeskanzlerin Angela Merkel, die Themen Armutsbekämpfung und ländliche Entwicklung in den Mittelpunkt der Entwicklungszusammenarbeit zu stellen. Entwicklungspolitik dürfe nicht die Fortsetzung staatlicher Interessenspolitik mit anderen Mitteln sein.

www.welthungerhilfe.de/fileadmin/media/pdf/WHI/Welthunger-Index-2009.pdf

Die FAO und das Welternährungsprogramm der UN (WFP) veröffentlichte im Vorfeld des Welternährungstages den Bericht „**The state of Food Insecurity in the World - Economic crises - impacts and lessons learned**“. Der Bericht stellt aktuelle Statistiken zur globalen Unterernährung vor und kommt zu dem Schluss dass eine strukturelle Unterfinanzierung den Fortschritt bei der Erreichung der internationalen Ziele zur Hungerbekämpfung verhindert hat. Dies wurde durch die Ernährungskrise und die globale Wirtschaftskrise verschärft und hat dazu geführt, dass erstmals seit 1970 über eine Milliarde Menschen hungern. Dem Bericht zufolge unterscheidet sich die gegenwärtige Krise von früheren Krisen. Denn heute hat sie weltweite Auswirkungen, da Entwicklungsländer stärker als zuvor in die Weltwirtschaft eingebunden sind. Investitionen in die Landwirtschaft und insbesondere in öffentliche Güter seien zentral, um den Hunger langfristig zu bekämpfen. Kurzfristig müssten außerdem Sicherungsnetze geschaffen werden, um die unmittelbare Bedrohung für die Hungernden abzumildern.

www.fao.org/docrep/012/i0876e/i0876e00.htm

6. UNDP-Bericht: Migration kann Entwicklung fördern

Im Oktober stellte das UN-Entwicklungsprogramm (UNDP) unter dem Titel „**Barrieren überwinden: Migration und menschliche Entwicklung**“ den

diesjährigen Bericht über die menschliche Entwicklung vor. Darin wird zu einer gezielten Migrationspolitik und Maßnahmen gegen die Diskriminierung von Zuwanderern aufgerufen. Menschliche Mobilität zuzulassen, trage zur Verbesserung der Lebensbedingungen von Millionen Menschen bei und sei ein Schlüsselement menschlicher Freiheit. Der Bericht zählt weltweit etwa eine Milliarde Migranten, ein Großteil davon Binnenflüchtlinge; nur ein geringer Anteil von weniger als 70 Millionen finden den Weg von einem Entwicklungsland in ein entwickeltes Land. Ihre Anzahl steigt jährlich um etwa fünf Millionen Menschen. Weltweit ungleich verteilte Lebenschancen, etwa im Bezug auf Einkommen, Bildungszugang und Gesundheitsfürsorge, gelten als wichtigster Migrationsantrieb. Entgegen verbreiteter Befürchtungen heben Migranten die Wirtschaftsleistung und Investitionsquote in ihrer Zielgemeinde in der Regel an. Die Geldtransfers in die Herkunftsländer summieren sich mittlerweile auf Beträge, die weit über die Leistungen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit hinausgehen. Wanderungsbewegungen werden jedoch dem Bericht zufolge stark durch Barrieren, insbesondere politische Handlungsstrategien, eingeschränkt. Die Ärmsten können oft gar nicht, oder nur unter unsicheren und gefährlichen Bedingungen, migrieren. Zentrale Reformvorschläge des UNDP-Berichts beinhalten daher die Liberalisierung und Vereinfachung regulärer Zuwanderungsmöglichkeiten. Weitere Forderungen zielen auf die Wahrung der Grundrechte, die Verringerung migrationsbedingter Transaktionskosten, eine Erleichterung der Binnenmigration sowie eine Einbeziehung der Migranten in Entwicklungsstrategien. Darüber hinaus bietet der Bericht statistische Daten auf der Grundlage des Index der menschlichen Entwicklung (HDI). Der Bericht listet Norwegen als Land mit den höchsten Entwicklungsstandards auf. Schlusslichter sind Sierra Leone, Afghanistan und Niger. Trotz allgemeiner Verbesserungen in den vergangenen Jahren, insbesondere in den Bereichen Gesundheit und Bildung, sei der Fortschritt bei der menschlichen Entwicklung ungleich verteilt und zeige sich vor allem in der weltweiten Einkommensverteilung.

hdr.undp.org/en/media/HDR_2009_EN_Complete.pdf

Das evangelische Hilfswerk Brot für die Welt kritisierte, dass der Bericht durch den Klimawandel bedingte Migrationsbewegungen nur unzureichend beachte und keine klaren Vorschläge an die internationale Gemeinschaft richte, wie langfristig mit dem Thema umgegangen werden soll. Es sei davon auszugehen, dass bis 2050 mehrere 100 Millionen Menschen ihre Heimat aufgrund von Klimaveränderungen verlassen müssen. Nur wenige Wochen vor dem Weltklimagipfel in Kopenhagen sei es wichtig darauf hinzuweisen, dass der Schutz für Klimaflüchtlinge unbedingt gewährleistet werden muss. Die Industriestaaten, die für einen Großteil der klimaverändernden CO₂-Emissionen verantwortlich sind, müssen den Entwicklungsländern bei der Folgenbewältigung des Klimawandels helfen. Eine vernünftige Migrationspolitik müsse sich daran orientieren, Migration entwicklungspolitisch sinnvoll zu steuern und Anreize zu schaffen, dass negative Auswirkungen vermieden werden. Außerdem müsse die Staatengemeinschaft sicherstellen, dass die Rechte von Menschen auf der Flucht besser geschützt werden.

www.brot-fuer-die-welt.de/presse/index_954_DEU_HTML.php?ck=424

7. Menschenwürdige Arbeit für alle gefordert

Bei den Bemühungen um die Wiederankurbelung des Wirtschaftswachstums und den Aufbau einer neuen globalen Wirtschaft muss menschenwürdige Arbeit zentrales

Thema sein. Diese Forderung stand im Mittelpunkt des zweiten Welttags für menschenwürdige Arbeit. Weltweit folgten Hunderttausende dem Aufruf des Internationalen Gewerkschaftsbundes (ITUC) sowie zahlreicher NRO und beteiligten sich an Kampagnen zu dem Thema Wirtschaftskrise und der weltweiten Bedrohung von Arbeitsplätzen. Neben der Durchsetzung von Rechten bei Arbeit und Solidarität müssen Armut und Ungleichheit bekämpft werden. Die Durchsetzung menschenwürdiger Arbeit für alle gilt den Aktivisten hierbei als bestes Mittel zur Beendigung der Armut.

www.wddw.org/

Solidarisch mit den Forderungen zeigte sich auch die Feminist Task Force des Global Call to Action against Poverty (GCAP). Sie setzt sich im Speziellen für die menschenwürdige Arbeit von Frauen ein, mahnt die Gleichstellung der Geschlechter in arbeitsmarktpolitischen Vereinbarungen sowie den gewerkschaftlichen Strukturen an und fordert mehr Entscheidungspositionen mit Frauen zu besetzen. Ziel ist es, durch Geschlechtergerechtigkeit zu Armutsbekämpfung beizutragen. Menschenwürdige Arbeit kann der Task Force zufolge einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung von Frauen und zur Armutsbekämpfung leisten – vorausgesetzt sie beruht auf den Prinzipien des gleichen Lohns für gleiche Arbeit, Chancengleichheit, egalitären Entscheidungsstrukturen, Schutz vor Gewalt, der Anerkennung auch unbezahlter Arbeit von Frauen und die Einbeziehung der „care economy“ in öffentliche Politiken.

www.whiteband.org/media/press-info/world-day-for-decent-work-october-7th-decent-work-decent-life

8. Zwischenbilanz zur strategischen Armutsbekämpfung

Zehn Jahre nach dem Kölner G7-Gipfel über Schuldenerlasse für ärmste Länder, in dessen Folge die Internationalen Finanzinstitutionen die Einführung und Förderung von nationalen Strategien zur Armutsbekämpfung (PRS) beschlossen haben, hat VENRO zusammen mit der Fachhochschule Düsseldorf eine Zwischenbilanz dieses strategischen Instruments zur Armutsbekämpfung gezogen. Das Ergebnis wurde in einer Broschüre zusammengefasst, dessen Grundlage eine Fachtagung vom 12. Mai 2009 in Düsseldorf ist. Neben Erfahrungsberichten zur Umsetzung der PRS in Uganda und Ghana werden unterschiedliche Aspekte der PRS-Prozesse aufgezeigt, wie die Qualität von Entwicklungszusammenarbeit und Entwicklungsfinanzierung. Im Mittelpunkt steht die Frage nach den armutsreduzierenden Wirkungen von PRS, den Partizipationsmöglichkeiten für die Zivilgesellschaft sowie dem Beitrag, den dieses strategische Instrument zur Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele (MDG) leisten kann. Bei allen Unterschieden in den jeweiligen länderspezifischen Programmen und Strategien zeigt der Bericht ein zentrales Fazit auf: Erfolge bei den Armutsbekämpfungsstrategien sind am ehesten dort zu finden, wo stabile, demokratisch legitimierte Institutionen und eine aktive Zivilgesellschaft basisnah und partizipativ an deren Umsetzung arbeiten.

www.2015.venro.org/fileadmin/redaktion_2015/pdf/VENRO_2015_Zehn_Jahre_PRS_P.pdf

9. Weltbank: Entwicklung und Klimaschutz gehören zusammen

Der neue Weltentwicklungsbericht der Weltbank, der im Oktober in Deutschland vorgestellt wurde, hat eine klare Botschaft: Entwicklung und Klimaschutz sind

gemeinsam möglich, wenn die reichen Industriestaaten die finanziellen und technischen Voraussetzungen liefern. Der Weg des Treibhausgas-intensiven Wirtschaftens gefährdet hingegen die nachhaltige Entwicklung ärmerer Staaten, denn ein Anstieg der globalen Temperatur trifft sie am härtesten. So gibt es nach Meinung der Weltbank keine Wahl zwischen Entwicklung beziehungsweise Wachstum oder Klimaschutz, denn ohne Klimaschutz wird es beides nicht geben. Laut dem Bericht der Weltbank lebt heute immer noch ein Viertel der Menschheit in extremer Armut, 1,6 Milliarden Menschen sind ohne Elektrizitätsversorgung, eine Milliarde hat keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Hunger und Unterernährung sind in Entwicklungsländern weit verbreitet, ein Viertel aller Kinder in Entwicklungsländern unterernährt. Deshalb muss die Armutsbekämpfung Priorität für die Entwicklungszusammenarbeit und die Entwicklungsländer haben. Will die Staatengemeinschaft die MDG erreichen, sind massive Investitionen im Agrarbereich, der Energieversorgung und im Transportbereich notwendig – alles potentielle Quellen für einen weiteren Anstieg der Treibhausgasemissionen, wenn die Industrieländer die Entwicklungsländer nicht technisch und finanziell in Richtung einer klimafreundlichen Entwicklung unterstützen. Die Weltbank fordert daher ein rasches und gemeinsames Handeln der Staatengemeinschaft, um die Treibhausgasemissionen zu begrenzen und Armut zu bekämpfen.

<http://siteresources.worldbank.org/INTWDR2010/Resources/5287678-1226014527953/Overview.pdf>

10. UNCTAD-Bericht: Investitionen brechen ein

Der von der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) veröffentlichte World Investment Report 2009 berichtet unter dem Titel „**Transnational Corporations, Agricultural Production and Development**“, von starken Einbrüchen ausländischer Direktinvestitionen (FDI) aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise. Der Kapitalzufluss wird sich voraussichtlich um fast 30 Prozent, von 1,7 Billionen US-Dollar im Jahr 2008 auf 1,2 Billionen Dollar, reduzieren. Erst 2011 soll laut UNCTAD wieder annähernd das Niveau von 2008 erreicht werden. Auch die Struktur der Investitionsflüsse ändert sich. So spielen Schwellenländer mittlerweile eine deutlich größere Rolle, während sich die Direktinvestitionen zwischen den Industrieländern bereits 2008 rückläufig entwickelten. Verglichen mit dem ersten Quartal 2008 wird es 2009 nach sechs Jahren FDI-Boom in Afrika aufgrund der stagnierenden Nachfrage nach Rohstoffen zu einem Einbruch der Investitionen von 67 Prozent kommen. Bezüglich der Ernährungssicherung sei es nun notwendig, politische Maßnahmen zu treffen, um Investitionen zu fördern. Wichtig sei, so der Bericht, dem Engagement von transnational agierenden Konzernen im Landwirtschaftssektor Grenzen zu setzen. Staaten sollten wirksame Rahmenbedingungen entwickeln, welche einheimische Landwirte schützen, Ernährungssicherheit garantieren und „land grabbing“ verhindern. Eine bedeutende Rolle falle in Zukunft den Public Private Partnership-Initiativen in der Landwirtschaft zu. www.unctad.org/en/docs/wir2009key_en.pdf

11. Mädchen- und Kinderrechte stärken

Unter dem Titel „**Mädchen fördern = Wirtschaft stärken**“ widmet sich der diesjährige Mädchenbericht des Kinderhilfswerks Plan International der wirtschaftlichen Situation von Mädchen weltweit. Er belegt, dass insbesondere Mädchen in den ärmsten Ländern von der globalen Finanzkrise stark betroffen sind.

Einschnitte bei staatlichen Bildungsausgaben und die zunehmende Armut ihrer Familien zwingen sie immer häufiger, auf den Schulbesuch zu verzichten und stattdessen arbeiten zu gehen. Junge Frauen, die im informellen Sektor oder der Exportindustrie arbeiten, verlieren in Folge der weltweiten Rezession ihr Einkommen, werden in ausbeuterische Arbeitsverhältnisse oder in die Prostitution gezwungen. Der Bericht kommt zu dem Ergebnis, dass frühzeitige Investitionen in Mädchen das Wachstum und die Entwicklung eines Landes fördern. Denn sowohl wirtschaftliche als auch soziale Ungerechtigkeiten verursachen langfristig deutlich höhere Kosten – für die rund eine halbe Milliarde Mädchen in Entwicklungsländern, ihre Gesellschaften und letztlich die globale Wirtschaft. Das Autorenteam formuliert einen Aktionsplan, in dem Regierungen, Geberländer, Unternehmen und NRO aufgerufen werden, sich aktiv für die Stärkung der wirtschaftlichen Teilhabe von Mädchen einzusetzen und ihre Fähigkeiten zu fördern. Eine in dem Report integrierte Langzeitstudie informiert parallel über das Schicksal von 142 Mädchen, die 2007 in verschiedenen Teilen der Welt geboren wurden. Statistiken veranschaulichen den Zusammenhang von wirtschaftlicher Entwicklung sowie finanziellen und sozialen Investitionen eines Landes. Der Bericht „Because I am a girl – Die Situation der Mädchen in der Welt“ wird bis zur MDG-Zielmarke 2015 jährlich von Plan International veröffentlicht.

www.plan-deutschland.de/fileadmin/content_plan/dokumente/pdfs/Maedchenbericht/Because_I_am_a_Girl_2009_Global_Economy.pdf

Das UN-Kinderhilfswerk UNICEF legte im Oktober mit dem erstmals publizierten Bericht „**Progress for Children – A Report on Child Protection**“ eine Bestandsaufnahme zu weltweiten Kinderrechtsverletzungen vor. Die Autoren schätzen, dass allein 2007 über 50 Millionen Kinder bei der Geburt nicht registriert wurden und in der Folge kaum Aussichten auf einen Schulplatz haben sowie der Gefahr krimineller Ausbeutung ausgeliefert sind. 150 Millionen Kinder weltweit müssen arbeiten, mindestens eine Millionen sitzen in Gefängnissen – meist ohne Gerichtsverfahren. Fortschritte bei der Umsetzung von Kinderrechten zeigt der Bericht jedoch in zwei Bereichen auf: Der Anteil der Mädchen, die von Genitalverstümmelung betroffen sind, ist rückläufig. Und das durchschnittliche Heiratsalter von Mädchen in Ländern mit hohen Kinderheiratsquoten ist leicht gestiegen, liegt aber auch weiterhin unter 18 Jahren.

www.unicef.de/fileadmin/content_media/presse/PFC_2009/Progress_20for_20Childr-en-No.8_20LoRes_EN_USLetter_08132009.pdf

Kurz notiert:

Das internationale **Tax Justice Network** hat eine Website zu Steuer- und Verdunkelungsstaaten eingerichtet. Unter www.secrecyjurisdictions.com kann man seit dem 7. Oktober Informationen zu insgesamt 60 Zentren der internationalen Schattenfinanzwirtschaft von A wie "Andorra" bis V wie "Vanuatu" recherchieren. Neben einer umfangreichen Datenbank liefert die Website zu jedem Finanzplatz eine vierseitige Kurzinformation.

Der **Syntheseberichts des Weltagrarrats (IAASTD)**, der bereits 2008 in Johannesburg veröffentlicht wurde, liegt jetzt auch als Zusammenfassung in deutscher Sprache vor. Thematisiert werden die Entwicklung der Welternährung und

Weltlandwirtschaft der letzten 50 Jahre sowie Empfehlungen von Wissenschaftlern, wie der Hunger und der Klimawandel nachhaltig bekämpft werden können.
<http://hup.sub.uni-hamburg.de/products-page/publikationen/78>

Die Landesmediendienste Bayern e.V. stellt im Vorfeld der Fußballweltmeisterschaft 2010 in Südafrika in der Reihe „FilmBildung“ über 60 Filme zum Thema Afrika zur Verfügung. In den Spiel-, Sach- und Dokumentarfilmen werden neben dem Schwerpunkt Fußball auch politische Brennpunkte sowie wirtschaftliche, gesellschaftliche und ökologische Fragen und Problemen des Kontinents behandelt.
www.landesmediendienste-bayern.de/upload/aktuell/documents/60_filme_afrika.pdf

Das INKOTA Netzwerk hat eine Online-Aktion gegen Vertreibungen wegen Palmölplantagen in Kolumbien gestartet. Mitte November wird INKOTA der Kolumbianischen Botschafterin eine Unterschriftenliste übergeben, mit der der Protest gegen die Vertreibung von über 10000 Menschen in Kolumbien zum Ausdruck gebracht werden soll. Übergabetermin ist der 12. November.
www.inkota.de/agrosprit/protestmail

Ein aktuelles Länderprofil zur zivilgesellschaftlichen Beteiligung an Strategien der Armutsbekämpfung in Uganda steht auf der VENRO-Webseite www.prsp-watch.de bereit. Es bietet neben Informationen zur zivilgesellschaftlichen Beteiligung bei der Erstellung und Umsetzung des nationalen Strategiepapiers zur Armutsbekämpfung einen Serviceteil mit Links und weiteren Informationen.

Termine

02.November, Berlin, Terre des hommes, Global Policy Forum, Misereor

Der globale Schattenfinanzindex und die alternative Rangliste der Steueroasen
Präsentation

Weitere Informationen unter

www.taxjustice.net/cms/upload/SchattenFinanzIndex_Praesentation2.11.2009_Berlin_TJN.pdf

3. November 2009, Berlin, Frauennetzwerk für Frieden

Frauen und Kriege in Afrika

Vortrag und Diskussion

Weitere Informationen unter www.frauennetzwerk-fuer-frieden.de/content_de/Termine.php

04. November, Berlin, Technische Universität Berlin

The Economics of Climate Change

Vortrag

Weitere Informationen unter www.tu-berlin.de/abz/menue/protokoll/climatelecture/

6. und 7. November 2009, London, Bretton Woods Project, Action Aid, u.a.

Recovery towards what? Finance, justice, sustainability and Put People First

G20 Counter Conference

Weitere Informationen unter www.putpeoplefirst.org.uk/autumn/counterconference/

7. November 2009, Hamburg, GIGA Institut

Obamas Afrikapolitik: Neue Substanz oder nur neuer Stil?

Vortrag mit anschließender Diskussion

Weitere Informationen unter www.giga-hamburg.de/nachtdeswissens

9. November 2009, Berlin, Heinrich-Böll-Stiftung

Vision oder Wirklichkeit? Nachhaltige Energieinvestitionen in Afrika
Podiumsdiskussion

Weitere Informationen unter www.heinrich-boell-stiftung.de

10. November, Berlin, VENRO

Entwicklungszusammenarbeit und Wirtschaft – Zwischen Konfrontation und Kooperation
VENRO-Fachgespräch

Weitere Informationen unter

http://2015.venro.org/fileadmin/redaktion_2015/pdf/Einladung_VENRO_EZundWirtschaft.pdf

13. bis 15. November, Stuttgart, Attac

Die Rolle Europas in der globalen Krise

Tagung

Weitere Informationen unter www.attac-netzwerk.de/index.php?id=6029

17. und 18. November, Berlin, Heinrich-Böll-Stiftung

COUNTDOWN TO COPENHAGEN - Deutschlands Verantwortung für Klimagerechtigkeit
Internationale Konferenz

Weitere Informationen unter: www.boell.de/downloads/oekologie/6324.pdf

19. November 2009, Berlin, Friedrich-Ebert-Stiftung, Social Watch u.a.

Die sozialen Folgen der globalen Finanzkrise - Zwischenbilanz und politische Konsequenzen
Internationale Tagung

Weitere Informationen unter www.fes.de/gpol/pdf/Programm_19.11.09.pdf

10. und 11. Dezember, Berlin, BMZ, GTZ, HelpAge Deutschland u.a.

Einkommenssicherung im Alter als globale Herausforderung - Problemlagen und
Reformmodelle zwischen Solidarität, Fürsorge und Markt

Tagung

Weitere Informationen unter www.alterssicherung-global.de/

Herausgeber:

VENRO

Projekt „Perspektive 2015 – Armutsbekämpfung braucht Beteiligung“

Chausseestr. 128/129

10115 Berlin

Tel.: 030/280 466-70 / -71

Fax: 030/280 466-72

E-Mail: berlin@venro.org

Internet: www.2015.venro.org

Redaktion: Claus Körting und Merle Bilinski (V.i.S.d.P.)

Mitarbeit: Daniel Stollberg

Mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung